

12.19

Bundesrätin Alexandra Platzer, MBA (ÖVP, Oberösterreich): Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuseher und Zuseherinnen! Meine Vorredner haben eigentlich schon alles gesagt. Vielleicht darf ich noch ganz kurz auf die schöne Werbung unseres Kollegen Adi Gross eingehen.

Diese Tarifikalkulation bei der E-Control ist wirklich sehr vorteilhaft. Die Homepage dazu ist www.tarife.at. Da können Sie nicht nur Gaspreise, sondern auch die Strompreise vergleichen.

Künftig ist es ja den Gasversorgern beziehungsweise -anbietern sowieso auferlegt beziehungsweise sie sind dazu verpflichtet, diesen Tarifikalkulator zu übermitteln, und auch die Möglichkeit zum Wechsel und die Vorteile müssen künftig sofort ersichtlich sein beziehungsweise nicht erst am Jahresende bei der Abrechnung sichtbar werden.

Wir alle können uns noch an den letzten Winter erinnern. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir Bevorratungsmenge und -dauer erhöhen, damit wir auch heuer wieder gut über den Winter kommen können. Man muss auch dazusagen: Im Gegensatz zu unserem Nachbarn Deutschland setzen wir auf eine praxisorientierte Energiewende. Es liegt in unserer politischen Verantwortung, die Versorgungssicherheit in unserem Land mit gutem Gewissen zuverlässig zu gestalten.

Zu den Ausführungen von Kollegen Bernard: Risikostreuung ist immer besser. Ein Haus, das man auf mehrere Säulen baut, ist einfach stabiler als ein nur auf einer Säule errichtetes. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

Wir wissen, dass einer der großen Haupttreiber der Inflation im letzten Jahr die Fernwärme war, denn die nutzt ja genauso Gas. Gerade in der Länderkammer möchte ich noch betonen, dass unser Bundesminister Dr. Martin Kocher die Landeshauptleute ja schon per Verordnung mit der Kontrollfunktion bezüglich der Fernwärme ausgestattet hat. Da sieht man dann schon auch ein bisschen den

Ost-West-Unterschied: In meinem Heimatbundesland Oberösterreich wurde der Fernwärmepreis zum Beispiel nicht erhöht, in Salzburg nur um 9,18 Prozent. In Wien wurde er leider um 92 Prozent erhöht. Vielleicht kann ich da die Kollegen der SPÖ einfach noch bitten, dass sie mit dem eigenen Bürgermeister und Landeshauptmann sprechen, damit auch den Wienern und Wienerinnen geholfen wird und sie entlastet werden.

Ich bitte daher um Unterstützung und danke vielmals. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

12.22

Vizepräsidentin Doris Hahn, MEd MA: Zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Mag.^a Bettina Lancaster. – Bitte schön.